

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 07/2024



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

dem Kalender nach hat der Sommer längst begonnen, die sommerlicheren Temperaturen lassen noch etwas auf sich warten.

Die weltpolitische Lage bleibt herausfordernd – ja kritisch. Die Wahlen in Frankreich und den USA lassen Schlimmes befürchten. Wir als Union sehen Deutschland insoweit als zentralen Akteur, der umso mehr gefragt ist. Wir wollen Impulsgeber sein und haben deswegen diese Woche unser Programm für die zukünftige EU-Agenda präsentiert.

Auch die innenpolitische Lage zwingt zum Handeln: Sei es in der Hochschulpolitik, im Strafrecht, in Wirtschaftsfragen oder in der Haushaltspolitik. Von der Ampel sind die dringend nötigen Impulse in den verbleibenden Monaten nicht mehr zu erwarten. Wir als Union stehen bereit und wollen unser Land gestalten.

Mit Abschluss dieser Sitzungswoche beginnt die parlamentarische Sommerpause. Wir werden aber auch in den nächsten Wochen vollen Einsatz zeigen. Ich freue mich sehr, dass mein Berliner Bundestagsbüroteam in der kommenden Woche mit mir gemeinsam Termine im Wahlkreis wahrnehmen wird. Wir freuen uns auf viele gute Begegnungen.

An dieser Stelle wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre dieses Newsletters und uns weiterhin eine friedliche und fröhliche Fußball-Europameisterschaft! Uns allen einen erholsamen Sommer und den Schülerinnen und Schülern die wohlverdienten Sommerferien.

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

WELTPOLITISCHE LAGE

Gegenwärtig sehen wir viele Länder der westlichen Welt am Scheideweg. In Frankreich droht die rechtspopulistische, europafeindliche und leider in weiten Teilen pro-russische Rassemblement National die Parlamentswahlen zu gewinnen. Präsident Emmanuel Macron hat vorschnell das Parlament aufgelöst und damit die Stabilität seines Landes (und mittelbar damit auch Europas) aufs Spiel gesetzt. Auch in Großbritannien fanden vorgezogene Neuwahlen statt, da die gegenwärtige Tory-Regierung viel Vertrauen verloren hat – auch aufgrund von sprunghaften Politikerpersönlichkeiten wie Ex-Premierminister Boris Johnson. Am gravierendsten gestaltet sich schließlich die Lage in den USA. Präsident Joe Biden ist ein aufrechter Demokrat. Er setzt sich für eine regelbasierte Weltordnung ein und steht unverbrüchlich zur NATO. Er wirkt aber gebrechlich und scheint den Zeitpunkt verpasst zu haben, für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin aus dem Lager der Demokraten Platz zu machen. Eine erneute Präsidentschaft Donald Trumps könnte für die Stabilität in der Welt gefährlich werden: Er agiert erratisch, populistisch und scheint von einer rechte- und wertebasierten Politik nicht viel zu halten. Aus seinem rücksichtslosen „America First“ ist wenig Gutes für Frieden und Freiheit in der Welt zu erwarten.

Wir sehen also: An vielen Stellen stehen wichtige Partnerländer der westlichen Welt vor einschneidenden Umbrüchen und sind insoweit „mit sich selbst beschäftigt“. Damit ist Deutschland „auf sich selbst gestellt“ und kommt es zugleich auf uns an. Umso mehr muss es uns erschüttern, dass die Ampelkoalition jeden Tag an politischer Glaubwürdigkeit verliert. In der Energiepolitik ist kein klarer Kurs erkennbar. Die Haushaltspolitik stellt sich als schlichte Arbeitsverweigerung dar. Der Kanzler und seine Minister neigen zu großen Versprechungen ohne Substanz oder erinnern sich nicht an Zusagen im Koalitionsvertrag. Auch wir in der Union wissen, dass die Herausforderungen groß sind. Auch uns ist klar, dass in der Politik um Kompromisse gerungen werden muss. Aber so, wie gegenwärtig die Ampel (nicht) regiert, kann es nicht weitergehen. Wir verlieren nicht nur in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht den Anschluss an die Weltspitze.

Hier wollen wir als Unionsfraktion – so weit aus der Opposition möglich – mit konkreten Vorschlägen gesteuern. So

TERMINE

Sitzungswoche 01.07.-05.07.2024
Deutscher Bundestag

10.07. 2024, 20:00 Uhr
Streicheleinheiten für die Seele
Pütz-Roth, 51465 Bergisch Gladbach

11.07. 2024, 19:00 Uhr
Frauen-Union Rheinisch-Bergischer Kreis
Wirtshaus Am Bock, 51465 Bergisch Gladbach

12.07. 2024, 18:30 Uhr
Bericht aus Berlin
CDU Wermelskirchen
In den Bürgerhäusern, Eich 6/8,
42929 Wermelskirchen

14.08.2024, 18:00 Uhr
CDU Sommerfest
Hebborner Hof, 51467 Bergisch Gladbach

15.08.2024, 10:00 Uhr
Besuch der Familie Fietz
mit CDU Burscheid
Industriestraße 9-11, 51399 Burscheid

22.08.2024, 14:00 Uhr
Bürgersprechstunde Rösrath
Rathaus Rösrath, Hauptstraße 229
(über Seiteneingang), 51503 Rösrath

24.08.2024, 11:00 Uhr
Jubilarehrung der
CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Spiegelsaal, Bergischer Löwe,
51465 Bergisch Gladbach

24.08.2024, 15:00 Uhr
75. Jubiläum Firma TEMAFA
An der Zinkhütte 8,
51469 Bergisch Gladbach

27. - 29.08. 2024
Klausurtagung
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
Stettin

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

haben wir zum Beispiel zur Europapolitik in dieser Woche ein Positionspapier verabschiedet, in dem wir unsere Impulse für die künftige EU-Agenda umreißen. Drei zentrale Schwerpunkte haben wir festgesetzt: Freiheit und Sicherheit; Wohlstand und wirtschaftlicher Aufstieg sowie eine solide und generationengerechte Fiskalpolitik.

Freiheit und Sicherheit

- Wir müssen europaweit unsere Verteidigungsfähigkeit stärken. Dafür wollen wir eine echte Verteidigungsunion schaffen. Wir wollen unsere Rüstungsentwicklung harmonisieren und auch in der Beschaffung mehr gemeinsame, europäische Wege gehen. Auch wollen wir eine eingeständige EU-Ratsfraktion für Verteidigungsfragen etablieren.
- Die Ukraine wollen wir in ihrem Verteidigungskampf gegen Russland weiterhin unterstützen – wirtschaftlich, finanziell und auch militärisch.
- Unsere europaweit agierende Polizei Europol soll zu einem zweiten FBI aufgebaut werden. Gleichzeitig muss unsere Grenzschutzagentur Frontex personell und wirtschaftlich so aufgestellt werden, dass wir eine echte schlagkräftige Grenzpolizei haben, um unsere Außengrenzen effektiv zu schützen.

Wohlstand und wirtschaftlicher Aufstieg

- Wir setzen auch zukünftig auf Technologieoffenheit und Wettbewerb. Neuwagen mit sauberem Verbrennungsmotor sollen auch über das Jahr 2035 zugelassen werden können. Es geht um die Sicherung einer – wie auch immer gestalteten – klimafreundlichen Mobilität in Stadt und Land.
- Wir wollen die ambitionierten europäischen Klimaziele mit praxistauglichen Mitteln erreichen, insbesondere durch den Ausbau des marktwirtschaftlichen Emissionshandelssystems als zentrales klimapolitisches Instrument und Förderung von Investitionen in Innovationen für saubere Technologien.
- Wir wollen den Aufwand überbordender Bürokratie konsequent reduzieren. Unsere Unternehmen müssen sich wieder mehr auf ihr Geschäft konzentrieren können. So fordern wir einen verbindlichen Aktionsplan für weniger Bürokratie und Regulierung. Hierfür haben wir eine Vielzahl an Maßnahmen vorgesehen: Belastungsstopp, Einführung des „One in, two out“-Prinzips, eines unabhängigen europäischen Normenkontrollrats sowie eines verbindlichen EU-Wettbewerbsfähigkeits-Checks. Vor jedem Regulierungsvorschlag muss es eine nach innen und außen gerichtete belastbare Wirkungs- und Folgeabschätzung (Impact Assessments) geben.

EINBLICKE



Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion und auch aus der AG Kommunalpolitik waren wir Mittwoch beim VKU Sommerfest.



Als Mitglied der deutsch-niederländischen Parlamentariergruppe hatte ich diese Woche die Gelegenheit zum Austausch mit dem Botschafter des Königreichs der Niederlande, S.E. Herrn Ronald van Roeden.

- Wir wollen mehr Anstrengungen im Bereich der Integration Zugewanderter in Arbeit. Vor allem wollen wir neue Wege für eine legale Erwerbszuwanderung aus Nicht-EU-Staaten schaffen – zur Stärkung unserer Volkswirtschaften und Steigerung der Attraktivität der EU für (hoch-) qualifizierte Fachkräfte.

Solide und generationengerechte Fiskalpolitik

- Den gegenwärtigen Herausforderungen wollen wir zuvörderst mit den jetzigen EU-Eigenmitteln und ohne zusätzliche Verschuldung begegnen. Denn Haushaltspolitik ist immer auch Generationenpolitik. Und ein ausgeglichener Haushalt immer auch eine Frage der Gerechtigkeit.

- Wir bleiben bei unserem klaren Nein zu einer weiteren Vergemeinschaftung von Schulden und Haushaltsrisiken in der EU. Wir fordern darüber hinaus, die neuen Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ohne Ausnahme bereits ab 2024 konsequent anzuwenden und bei der Methodik zur Schuldentragfähigkeitsanalyse keine neuen Verschuldungsspielräume für die Mitgliedstaaten zuzulassen.

- Auch zukünftig gilt: Wir müssen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) bewahren und die Geldwertstabilität als prioritäres Ziel erhalten.

Sie sehen, Europa liegt uns als Union am Herzen. Wir sind überzeugt: Deutschland ist am erfolgreichsten in einem geeinten und friedlichen Europa. Europa bildet als Rechts- und Wertegemeinschaft die Grundlage für Wohlstand, Aufschwung und Sicherheit. Dafür wollen wir uns auch in Zukunft einsetzen – zusammen mit unserer amtierenden und hoffentlich auch zukünftigen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

HOCHSCHULPOLITIK

In unserem Land leben wir Vielfalt, auch im Hinblick auf Meinungen, die wir frei äußern können. Die Meinungsfreiheit ist in unserem Grundgesetz in Artikel 5 an zentraler Stelle normiert. Das Bundesverfassungsgericht erachtet sie völlig zu Recht als konstituierend für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Gegenwärtig sehen wir aber Angriffe auf die Meinungsfreiheit – und das gleich auf zweierlei Weise. Einerseits wird die Meinungsfreiheit bewusst missbraucht, um unter dem Mantel der Freiheit gerade gegenüber Minderheiten wie etwa Jüdinnen und Juden offensiv zu hetzen. Dem hat der Staat unmissverständlich entgegenzutreten. Andererseits erleben wir Angriffe auf die Meinungsvielfalt, wenn unliebsame Positionen zu äußern verhindert wird. Dergleichen passiert auch an

GRÜSSE AUS DEM TEAM



Mein Name ist Barbara Ladenburger und ich bin seit September 2021 Teil des Berliner-Teams von Herrn Dr. Tebroke. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Teilzeit betreue ich vor allem Bürgerschriften und Recherchen.

Gerne können Sie mich unter der Telefonnummer 030 227 79549 oder per E-Mail unter hermann-josef.tebroke.ma05@bundestag.de erreichen.

Hochschulen. Es kann nicht sein, dass Vorlesungen von Wissenschaftlern verhindert werden, weil deren (unabhängige und qualitativ gänzlich zweifelsfreie) Forschungsarbeit dem politisch radikalen Weltbild von Störern schlicht nicht zu passen scheint, dass Diskurse über gesellschaftlich relevante und kontroverse Themen bewusst einseitig boykottiert werden. Das trifft alle gleichermaßen; gerade Politikerinnen und Politiker werden massiv gestört.

Jüngstes trauriges Beispiel ist eine Diskussionsveranstaltung des Rings-Christlich-Demokratischer-Studenten (RCDS) am 19. Juni an der Universität Göttingen. Zu der Veranstaltung war meine Kollegin aus dem Familienausschuss, Mareike Wulf, eingeladen, um ihre Perspektive auf das sog. Selbstbestimmungsrecht zu erläutern. Mareike Wulf zeichnet sich durch einen sehr konstruktiven, dialogorientierten und stets fairen Diskursstil aus. Dies wurde ihr nicht zuletzt vom politischen Gegner im Parlament wiederholt gedankt. Nun wurde ihr von linken, teils gar verummten Chaoten gezielt jede Möglichkeit einer sachlichen Einordnung durch massiven Protest genommen. Sie konnte das Universitätsgebäude nur unter Polizeischutz verlassen und die Veranstaltung konnte somit gar nicht stattfinden.

Wir haben das Ereignis zum Anlass einer Aktuellen Stunde im Bundestag gemacht. Wir brauchen Orte der Begegnung und des öffentlichen Austausches von Meinungen und Erkenntnissen. Dieser Austausch findet seine Grenzen dort, wo Verleumdungen und Straftaten im Raume stehen. Gerade unsere breit aufgestellte und vielfältige Hochschullandschaft ist dafür geschaffen, dass das Für und Wider von wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Themen debattiert werden kann – und das in wissenschaftlicher Freiheit und gegenseitigem Respekt. Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, jedem Versuch entgegenzutreten, der freiheitlichen Meinungsaustausch zu unterminieren sucht. Es braucht ein klares gemeinsames Verständnis darüber, dass wir solchen Störern das Feld nicht überlassen wollen.

AUS DEM PARLAMENT: UNSER ENGAGEMENT ZUGUNSTEN EINES WIRKSAMEN OPFERSCHUTZES

Der Schutz der Opfer von Straftaten und besonders verletzlicher Personen gehört zu den zentralen Aufgaben unseres Rechtsstaates. Die jüngst veröffentlichten Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik sowie des Lagebilds „Häusliche Gewalt“ zeigen leider, dass wir handeln müssen: Im Jahr 2023 wurden über eine Viertel Million Menschen in Deutschland Opfer häuslicher Gewalt, davon sind mehr als zwei Drittel weiblich. Dies ist ein Anstieg um 6,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. 155 Frauen und 24 Männer sind im Jahr 2023 durch ihre (gegenwärtigen oder ehemaligen) Partner getötet worden. Auch außerhalb des Kontexts häuslicher Gewalt hat die Gewaltkriminalität insgesamt zugenommen. Im Jahr 2023 wurden insgesamt hunderttausende Fälle von Gewaltkriminalität erfasst. Damit ist ein überproportionaler Anstieg von fast zehn Prozent im Vergleich zu 2022 festzustellen – das ist zugleich der höchste Stand seit über 15 Jahren. Auch die Zahl der Messerangriffe steigt seit Jahren an. Wo früher „nur“ die Faust war, ist heute leider allzu oft ein Messer oder ein anderes gefährliches Werkzeug im Spiel.

Wir als Union haben vor diesem Hintergrund diese Sitzungswoche einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem wir eine Verbesserung des Opferschutzes erreichen wollen. Das gilt insbesondere für Frauen und besonders verletzbare Personen wie Kinder, Senioren sowie Menschen mit Behinderungen. Täter müssen zeitnah, angemessen und spürbar bestraft werden. Infolgedessen setzen wir uns für eine Erhöhung der Mindeststrafen für Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung ein. Auch sprechen wir uns dafür aus, dass der Strafrahmen im Falle von Gruppenvergewaltigungen ausgeweitet wird. Auch im Strafprozessrecht sehen wir Handlungsbedarf. Wir setzen uns dafür ein, die elektronische Aufenthaltsüberwachung – die sogenannte „elektronische Fußfessel“ – bundesweit einheitlich als Maßnahme im Gewaltschutzgesetz zu verankern. Sie erlaubt uns, Täter effektiv zu überwachen und damit Opfer besser zu schützen. Schließlich soll die audiovisuelle Vernehmung von minderjährigen Zeugen erleichtert werden. So schützen wir das Wohl der Kinder, indem wir die retraumatisierende Konfrontation mit den Tätern im Gerichtssaal vermeiden.



Gemeinsam mit meinem Team war ich auf dem jährlichen Fraktionsommerfest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227- 79547

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail:
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet:
<https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 05.07.2024

IN EIGENER SACHE

Liebe Mitglieder in der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis, liebe Freundinnen und Freunde!

Heute wende ich mich mit einer persönlichen Nachricht an Sie: In diesen Wochen sind es 20 Jahre, die ich hauptamtlich in der Politik unsere Heimat mitgestalten durfte – zunächst als Bürgermeister, dann als Landrat und seit 2017 als Abgeordneter für den Rheinisch-Bergischen Kreis im Deutschen Bundestag. Ich habe diese Aufgaben stets mit großer Freude und Engagement wahrgenommen und tue das noch immer sehr gerne. Ganz besonders schätze ich die vielfältigen Begegnungen mit Menschen vor Ort, in Vereinen und Verbänden, Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung. Gemeinsam lässt sich vieles erreichen. Für die große Unterstützung, das entgegengebrachte Vertrauen und das gute Miteinander bin ich sehr dankbar!

Das aktuelle Bundestagsmandat läuft bis Oktober 2025. Ich werde es unverändert mit aller Kraft wahrnehmen. Zur kommenden Bundestagswahl werde ich gleichwohl nicht erneut antreten. Diese Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen. Es sind zum einen grundsätzliche Überlegungen, die mich dazu bewegen haben. Politische Ämter und Mandate werden auf Zeit vergeben. Ein regelmäßiger Wechsel gewährleistet, dass sich Strukturen nicht verfestigen und es Raum gibt für neue Ideen und Perspektiven. Zum anderen gibt es persönliche Gründe. In diesem Jahr habe ich meinen 60. Geburtstag gefeiert und möchte mich nach vielen wertvollen Jahren in der Politik anderen Aufgaben widmen.

Für den 22. November 2024 haben wir als CDU des Rheinischen-Bergischen Kreises einen Kreisparteitag zur Nominierung des Kandidaten oder der Kandidatin für die Bundestagswahl 2025 angesetzt. Mit dieser Erklärung möchte ich unserer Partei die Möglichkeit geben, sich rechtzeitig um eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu bemühen. Interessierte kann ich nur ermuntern, sich zu bewerben. Das Bundestagsmandat für den Rheinisch-Bergischen Kreis wahrzunehmen, ist sicherlich anstrengend und herausfordernd, aber in vielfältiger Hinsicht auch bereichernd, sinnstiftend und nicht zuletzt ein Privileg.

Mit besten Grüßen

Ihr Hermann-Josef Tebroke